

## Der fünfte Kanzler.

Wer seit einiger Zeit einen Blick in einen großen Teil unserer Tageszeitungen wirft, kann eine eigenartige Beobachtung machen, die abgesehen das Reichsland bereits mit hellem Staunen erfüllt: des Reichs fünfter Kanzler, Herr v. Bethmann-Holzm., begegne allgemeiner und ungewöhnlicher Gegnerschaft. Dabei ist noch das wenigst Schlimme, daß seine Unausländlichkeit nur übertragen wird von seiner Weltkreidheit". Die Vorwürfe, die gegen ihn erhoben werden, reichen zum Teil weit über das Maß hinaus, das gewöhnlich hinreicht, um das Strafgericht zu bewirken. Mit stürzter Habe hat Herr v. Bethmann-Hollweg diesen Weg verfolgt in dem Bewußtsein, daß er auf dem Boden des Rechtes stehend, für eine Sache steht, die er nach rechter Erwöhnung als dem Vaterlande zum Guten dienend erkannt hat. Die

### Hagelschauer der Kritik

haben ihn nicht bengen, der Ton der gegnerischen Presse von nicht erregen können. Wer dieses Gelehrnis ohne Bereitstellung auf sich wirken läßt, der muß zumindest zugeben, daß Herr v. Bethmann-Hollweg den Ruhm des Kaisertums besitzt, den auch die Gegner einst an dem zweiten Kanzler des Reiches so gerühmt haben. Was ist geschehen, daß man aller Verpflichtung entgegen diesem fünften Kanzler nicht jene Zeit der Sille und des Warzens gewährt, die man sonst jedem Staatsmann, der auf fremdem Gebiete heimlich werden soll, zuläßt? Herr v. Bethmann-Hollweg hat von Unis wegen

### die preußische Wahlreform

zu vertreten gehabt, da er neben seinem Kanzlersposten auch Inhaber der Ministerpräsidentur in Preußen ist. Ist die Wahlreform gut, ist sie schlecht? Der Frage eine Antwort zu suchen, die die Gesamtheit des Volkes befriedigt, ist wohltätig schwer. Der Kanzler selbst hat diese Reform aus innerer Überzeugung der gesellschaftlichen Entwicklung Preußens entsprechend gehalten und hat dabei erklärt, daß er das Reichstagswahlrecht zur Einführung in Preußen nicht nur nicht empfohlen, sondern auch verhindern würde. Sprach aber diese Worte der Reichskanzler, um die Abschaffung des Reichswahlrechts im Reiche vorzubereiten? Nein! Es ist vielmehr, um als preußischer Ministerpräsident die Unmöglichkeit der Einführung dieses Wahlrechts in Preußen zu erweisen. Über der Säule versteht nicht und täglich noch kann man's lesen, daß Herr v. Bethmann-Hollweg abfällige Kritik an dem Wahlrecht gehabt habe, das auch für die südlichen Lande gilt. Täglich noch wird geschrieben, daß der fünfte Kanzler

### eine Versplitterung des Reiches

herbeiführte, während er doch nur die preußische Eigenart gegen die Verschmelzung mit den Eigenarten anderer Bundesstaaten verhindern wollte. Ob Herr v. Bethmann-Hollwegs staatsmännische Begabung den Durchschnitt erreicht, ob sie ihn übertrifft, das wird die Allgemeine Geschichte einschließen. Die Lebenden sind den Ereignissen zu nahe, um ohne Bedenken das Urtheil des Manes zu beurteilen, der als aufrichtiger Patriot von seinem Standpunkt aus und seiner Überzeugung nach an dem Wohl seines Vaterlandes arbeitet, wie seine vier Vorgänger. Es ist merkwürdig, daß Fürst Bülow jetzt immer als das Muster eines Staatsmannes und Kanzlers gesehen wird, der er als Pfand universeller Kultur bezeichnet wird, der selbe vierte Kanzler, dem während seiner Amtszeit vorgekommen war, daß er niemals auf den Thron der Dinge eingedrungen, sondern mit einigen dem "Schumann" entlehnten Schlagworten die Türe überstieß." — Das mag noch dingegeben; aber selbst dem unzulänglichsten Kanzler dürften nicht idiglich

### Staatsmänner des Auslandes

als Beispiel vor das Auge gerückt werden; denn Herr Asquith in London, Herr Briand in Paris, Herr Bierer in Wien, sie alle stehen unter anderen Verhältnissen anders zusammengetretenen Parlementen gegenüber. Da's ein

Wunder, wenn daß Russland lachenden Auges auf Deutschland blickt, dessen Geschichte ein "Philosoph auf dem Kanzlersessel" betrachtet, daß der Zwiespalt im Innern, durch ihn herbeischworen, zu einer Bergrüttelung führen muß? Auch Bismarck hat einst während der Konfliktszeit — eine "schlaue Presse" gehabt, um mit dem Rücken Bülow zu reden, aber zweierlei ist man ihm unangestattet: die verlorenen Ehrenhaftigkeit und den Glauben an die Zukunft des Vaterlandes. Das aber sollte man auch Herrn Bethmann-Hollweg gegenüber tun, gleichviel wie man das politische Wirken des fünften Kanzlers beurteilt.

Walter Westmann.

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

\* Kaiser Wilhelm, der in Wilhelmshaven am 7. d. der Vereidigung der Marineoffiziere beiwohnte, hat dem Admiral Grafen v. Buddenbrock das Großkreuz des Roten Adlerordens verliehen. Auf der Fahrt nach Wilhelmshaven hat der Monarch dem Großherzog Friedrich August von Oldenburg einen Besuch abgestattet, den der Großherzog in Wilhelmshaven erwiderte.

\* Zu den Erklärungen des Reichskanzlers v. Bethmann-Hollweg im deutschen Reichstag über die deutsch-englischen Beziehungen schreibt die Bonner "Westminister Gazette": "Verdächtigungen ein Ende zu machen, ist ein sehr erstrebenswertes Ziel. Wir sind überzeugt, daß Herr v. Bethmann-Hollweg in dieser Hinsicht alles tun wird, was in seiner Macht steht. Dagegen bleibt es uns Pflicht, für den Grad von Sicherheit zu sorgen, der gegenüber dem deutschen Flottenprogramm erforderlich ist. Wir können uns nicht den Traum hingeben, durch gegenseitige Abmachungen einen Wechsel herbeizuführen, aber wenn höfliche und freundliche Beziehungen während der nächsten Jahre aufrechterhalten werden können, so dürfen wir hoffen, daß der Wettbewerb eingestellt wird, sobald das jetzige Schiffbauprogramm ausgeführt sein wird." — Das heißt mit andern Worten, bis auf weiteres werden die Rüstungen fortgesetzt.

\* Für die Volkszählung am 1. Dezember hat der Bundestag jetzt die näheren Bestimmungen beschlossen. Für die Nachrichten über die Persönlichkeit des einzelnen ist das Auszeichnen zu wählen. Doch können einzelne Landesregierungen verfügen, daß die Angaben auch zu andern Zwecken als den amtlichen staatlichen Arbeiten benutzt werden.

\* Der Bundesrat hat den Entwurf einer Reichsversicherungsordnung zugestimmt.

\* Wie in gutunterrichteten Kreisen verlautet, sind die Aussichten der preuß. Wahlreform sehr ungünstig. Die Regierungsvorlage ist durch die Kommissionsberatungen so verändert und — nach Ansicht der Regierung — so verschleiert, daß die Aussichten auf eine Verständigung sehr gering sind. — Unter diesen Umständen ist es begreiflich, wenn immer wieder Gerüchte austauschen, die Regierung werde ihre Reformvorlage zurückziehen und es werde mit dem Wahlrecht in Preußen alles beim alten bleiben.

\* Bei den Wahlrechtskundgebungen, die in Form eines "Spaziergangs" am letzten Sonntag in Trepow bei Berlin und im Berliner Tiergarten stattfanden, sind insgesamt hundert Verhaftungen vorgenommen worden, während eine Anzahl von Personen mehr oder minder verletzt wurden, darunter auch mehrere Schuleute durch Steinwürfe und Stöckschläge.

### Frankreich.

\* König Eduard ist in aller Stille in Paris eingetroffen. Der Besuch ist um so überraschender, als der Einschluß dazu ganz plötzlich gefaßt wurde, da sich der König ansonsten ohne Aufenthalte nach Biarritz begeben wollte.

### England.

\* Bei der Beratung des Heeresbudgets im

Unterhaus erklärte Kriegsminister Haibach, das Kriegsministerium beansprucht die Errichtung eines Luftschifferscorps. Man hoffe in dieser Zeit, wenn die Studien der wissenschaftlichen Kommission über die beste Art von Luftschiffen abgeschlossen seien, im Besitz einer ausreichenden Luftflotte zu sein.

### Rußland.

\* Zu den Gerüchten, die Verhandlungen über eine Annäherung zwischen Rußland und Österreich-Ungarn seien erfolglos abgebrochen, wird an amtlicher Stelle in Petersburg erklärt, daß die Verhandlungen fortzuführen und daß man überzeugt sei, mieder gute Beziehungen zwischen beiden Staaten, deren Verhältnis seit der bosnischen Krise ein gelähmt war, herzustellen. — Zu gleicher Zeit läßt die Regierung erklären, daß der Besuch des bulgarischen Königs, dem jetzt der serbischen folgen soll, durchaus nicht bedeute, daß Österreich eine Sonderstellung auf dem Balkan zu schaffen, sondern der Sicherung des Friedens und des Nachfelderthalbisses dienen solle. — Diese Erklärung wird wohl nicht allgemein glaubige Leser finden.

## Aus dem Reichstage.

\* Der Reichstag beschäftigte sich am Montag mit dem Vertrag, den Deutschland mit Italien und Schweiz über die Gotthardbahn abgeschlossen hat. Der Vertrag wurde in erster und zweiter Lesung angenommen. Bei der Beratung folgenden Fortsetzung der Beratung des Marineteils wurde am 5. d. vom Reichskanzler abgegebene Erklärung über das Verhältnis Deutschlands zu England eine herausragende Rolle. Abg. Lebedow (Sos.) zielte den Staatssekretär v. Tirpiz der Hinterfragung, weil er im vorigen Jahre verschwiegen habe, daß England wenigstens in formaler Weise auf Deutschland verzögert sei. Staatssekretär v. Tirpiz verwöhnte sich gegen diesen Vorwurf, und erklärte, daß die englische Regierung nur die Rechnung zu einer Verständigung über den bestehenden Flottenbau beauftragt, aber keine formellen Vorstellungen gemacht habe. Auch die beantragten Abstimmungen außerhalb des Hauses wiederholten wollen, wird die geeignete Antwort nicht ausbleiben. Auch in Wilhelmshaven sollen Unregelmäßigkeiten vorgekommen sein. Wenn soll man verantworten haben. Ja, die betroffenen Beamten erinnern; wir haben doch nicht eine solche wahnsinnige Gedanken für Verbrennen. Hier ist das Protokoll, die Beamten alle, die wir bestraft haben, sagen: Wir wissen nichts davon.

Abg. Romann (sortir. Vo.): Am 8. d. wird die Beratung des Marine-Satzes fortgesetzt. Das Kapitel "Intendantur" wird nach dem Beschuß der Kommission nach kurzer Debatte genehmigt.

Beim Kapitel "Indienststellungen" hat die Kommission an Verblegungssätzen 271 000 M. abgezogen. Das Haus stimmt dem zu und lehnt den Kredit für den (Freizeit) auf. Beleidigung des Kredits gegen die Stimmen der Rechten ab. Angenommen werden zwei Resolutionen der Kommission bez. des Messagerbetriebes und Vorlegung einer Debatte über das Zulagerwesen.

\* Es folgt das Kapitel "Schiffüberlegung".

Abg. Romann (sortir. Vo.): Ich wünsche die Bevorzugung der ausländischen Tabakfabrikate zu erhalten. Die Marineverwaltung sollte doch das deutsche Tabakwaren unterstützen.

Abg. Gaville: Die Bevorzugung des Tabaks ist bei den Mannschaften Sache des Kantinen, die sich basst nach dem Gedanken der Mannschaften richten. Und gegen den Gedanken der Kästen lasse sich nicht anstrengen.

Abg. Leonhardt (sortir. Vo.): Den Kästen sagt sich doch befiehlt, deutsche Tabake anzufordern. Ich gestern in uns doch festgestellt worden, daß auch die Bevorzugung von Exekutivuniformen Vorstellen ergeden.

Abg. Gaville: Der Tabak wird aber doch nicht aus italienischen Gebäuden angefertigt.

Abg. Romann (sortir. Vo.): Ich wünsche eine eindeutige Antwort, ob nicht angeordnet werden kann, daß auf deutschen Schiffen deutsche Tabaks anzuordnen sind. Wenn nicht jetzt, so bei der dritten Lesung.

Das Kapitel wird bewilligt.

Beim Kapitel "Betriebs-, Reinigungs- und Beleidigungsmaterial" empfiehlt

Abg. Vassale (nat. lib.): den Übergang der Koblenzsteuerung zur

### flüssigen Feuerung.

Die englische Marine habe sich darin schon entschlossen und sich sogar schon im Auslande mit Tankanlagen versorgt. Auch Amerika treffe entsprechende Maßnahmen.

Staatssekretär v. Tirpiz: Der Darstellung des Vorredners über die Kästen unserer Koblenzsteuerung habe ich nichts einzuzwenden. Aber der Übergang zur Ölsteuerung ist doch nicht so ganz leicht, wie sich bei gemacht vernehmen ergeben hat.

Abg. Seizing (nat. lib.): Herr Weber hat gegen und in einem ganz unangenehmen Tone gesprochen. Gibt die Schlamperei so weiter, so wird es bald nicht mehr hergehen; das sind russische Zustände, sondern: das sind deutsche Zustände.

Die Resolution der Sozialdemokraten wird abgelehnt. Nach unerträglicher Debatte wird der Rest des Staates erledigt.

Sie werden aber der Anregung die größte Erfolge zuteilen werden lassen und es im Auge behalten. Es folgt das Kapitel "Beschleidung".

Abg. Göcke (nat. lib.): Ich möchte mir die Anfrage erlauben, ob nicht mit dem direkten Ankauf von Leder beim Gerber Vorreile verbunden sind. Auffallend sind die hohen Entschädigungen für gesunkenen Preis von Offizieren.

Abg. Gaville: Auch den Gerber-Bereinigungen, von denen wir kaufen, gehören ja kleinere und mittlere Gerber an. Wir haben und oben im Vertrage geschrieben, daß wir, wenn wir anderweit billiger kaufen können, dazu in der Lage sind. Wir haben uns auch gelegentlich schon einmal anderweit verlobt, der sich eine Vereinigung zu einem Trupp ausbildete, der uns zu hohe Preise stellte. Wir wollen und nicht auf Gnade und Ungnade den Bereichungen verlaufen. Am allgemeinen aber hat sich durch 12jährige Erfahrung herausgestellt, daß die Gerber-Bereinigung als solche eine gute verlässliche Idee war. Wir waren dadurch viel an Fleißloken und Zeit.

Zum Kapitel "Anstandshaltung der Flotte und Werften" liegt eine Resolution der Sozialdemokraten vor, die die Einsetzung einer

parlamentarischen Untersuchungskommission über die Unregelmäßigkeiten in der Werftverwaltung und geplante Reformmaßnahmen verlangt.

Abg. Seizing (nat. lib.): Ich möchte die Resolution. Am Käfer Fall handelt es sich nicht um eine vernünftige Erklärung. Eine genaue Untersuchung unter Beiträgen der Reichstagsmitglieder ist notwendig. Eine Reform muss angestrebt werden, namentlich auf sozialpolitischem Gebiete. Auf den Werften beruht die Arbeitsverhältnisse ein. Außerdem geht auf die Arbeitnehmer ein.

Abg. Adm. Adalheid: Auf die politische Gleichheit der Arbeit wird nicht gelehrt. Die Arbeitnehmer müssen nicht darüber, ob sie nicht sozialdemokratisch aussehen. Die Tafke können wir in der Werftverwaltung nicht allein zeigen, daß es Sachen aller Reformen gibt.

Arbeitsverhältnisse auf den Werften sind keineswegs so ungünstige, wie der Vorredner sie dargestellt hat. Waren sie so schlecht, wie Ihnen es ist, dann, daß die Werft so mit Geschäftsgeschäften überlaufen werde? Länge, Arbeitszeit sind angemessen gewählt, auch an Unterhaltungsfesten ist es nicht. Freunde würden erzählt. Wenn Sie Ihre Beschäftigungen außerhalb des Hauses wiederholen wollen, wird die geeignete Antwort nicht ausbleiben. Auch in Wilhelmshaven sollen Unregelmäßigkeiten vorgekommen sein. Wenn soll man verantworten haben. Ja, die betroffenen Beamten erinnern; wir haben doch nicht eine solche wahnsinnige Gedanken für Verbrennen. Hier ist das Protokoll, die Beamten alle, die wir bestraft haben, sagen: Wir wissen nichts davon.

Abg. Romann (sortir. Vo.): In der Kommission sind schon alle diese Beschuldigungen zurückgewiesen worden. Keines ist hier nicht dargebracht. Der Abg. Seizing verlangt eine parlamentarische Untersuchungskommission. Ich denke, wie sollten und müssen, als Reichstag so in die Freiheit eingreifen. Nach der politischen Gleichheit der Arbeit wird auf den Werften nicht gelehrt. Ich den Abg. Seizing nicht daran, daß die Mehrheit der Werftarbeiter leben! — Sozialdemokraten sind? An die Tafte, daß Staatsbetriebe immer sind, werden wir uns gewöhnen müssen. Aber eine bessere Überleitung der einzelnen Werften sollen wir doch erreichen können. Zum mindesten sollten die Offiziere an der Spalte der Werftverwaltung nicht fortgehen.

Abg. Gaville (Vorredner): Dem Vorredner ist zugesagt, daß die Gesamtleitung der Werft abhängt in von der Leistungsfähigkeit des Oberwerftdirektors. Es soll versucht werden, die Stellung des Oberwerftdirektors noch klarer zu machen. Die brauchbaren Personlichkeiten sollen noch mehr als bisher von unten berücksichtigt werden.

Abg. Schirmer (Dir.): Die Haushalt und Unabhängigkeit des Marineministeriums gilt auch für dieses Kapitel und für die Arbeitsverhältnisse. Die sozialdemokratische Resolution schenkt mir als unverdienst ab.

Abg. Weder (nat. lib.): Abg. Seizing sollt doch er den Terrorismus der Sozialdemokratie bestätigen, ehe er die Werftverwaltung der Gleichheitsideale bestätigt. Leider liegen die Dinge so, daß je mehr wir das Budgetrecht des Reichstages haben, um so weniger die sozialdemokratische Seite der Verwaltung sich enthalten kann.

Abg. Seizing (nat. lib.): Herr Weber hat gegen und in einem ganz unangenehmen Tone gesprochen. Gibt die Schlamperei so weiter, so wird es bald nicht mehr hergehen; das sind russische Zustände, sondern: das sind deutsche Zustände.

Die Resolution der Sozialdemokraten wird abgelehnt. Nach unerträglicher Debatte wird der Rest des Staates erledigt.

Abg. Seizing (nat. lib.): Herr Weber hat gegen und in einem ganz unangenehmen Tone gesprochen. Gibt die Schlamperei so weiter, so wird es bald nicht mehr hergehen; das sind russische Zustände, sondern: das sind deutsche Zustände.

Abg. Gaville (Vorredner): Herr Weber hat gegen und in einem ganz unangenehmen Tone gesprochen. Gibt die Schlamperei so weiter, so wird es bald nicht mehr hergehen; das sind russische Zustände, sondern: das sind deutsche Zustände.

Abg. Seizing (nat. lib.): Herr Weber hat gegen und in einem ganz unangenehmen Tone gesprochen. Gibt die Schlamperei so weiter, so wird es bald nicht mehr hergehen; das sind russische Zustände, sondern: das sind deutsche Zustände.

Abg. Gaville (Vorredner): Herr Weber hat gegen und in einem ganz unangenehmen Tone gesprochen. Gibt die Schlamperei so weiter, so wird es bald nicht mehr hergehen; das sind russische Zustände, sondern: das sind deutsche Zustände.

Abg. Seizing (nat. lib.): Herr Weber hat gegen und in einem ganz unangenehmen Tone gesprochen. Gibt die Schlamperei so weiter, so wird es bald nicht mehr hergehen; das sind russische Zustände, sondern: das sind deutsche Zustände.

Abg. Gaville (Vorredner): Herr Weber hat gegen und in einem ganz unangenehmen Tone gesprochen. Gibt die Schlamperei so weiter, so wird es bald nicht mehr hergehen; das sind russische Zustände, sondern: das sind deutsche Zustände.

Abg. Seizing (nat. lib.): Herr Weber hat gegen und in einem ganz unangenehmen Tone gesprochen. Gibt die Schlamperei so weiter, so wird es bald nicht mehr hergehen; das sind russische Zustände, sondern: das sind deutsche Zustände.

Abg. Gaville (Vorredner): Herr Weber hat gegen und in einem ganz unangenehmen Tone gesprochen. Gibt die Schlamperei so weiter, so wird es bald nicht mehr hergehen; das sind russische Zustände, sondern: das sind deutsche Zustände.

Abg. Seizing (nat. lib.): Herr Weber hat gegen und in einem ganz unangenehmen Tone gesprochen. Gibt die Schlamperei so weiter, so wird es bald nicht mehr hergehen; das sind russische Zustände, sondern: das sind deutsche Zustände.

Abg. Gaville (Vorredner): Herr Weber hat gegen und in einem ganz unangenehmen Tone gesprochen. Gibt die Schlamperei so weiter, so wird es bald nicht mehr hergehen; das sind russische Zustände, sondern: das sind deutsche Zustände.

Abg. Seizing (nat. lib.): Herr Weber hat gegen und in einem ganz unangenehmen Tone gesprochen. Gibt die Schlamperei so weiter, so wird es bald nicht mehr hergehen; das sind russische Zustände, sondern: das sind deutsche Zustände.

Abg. Gaville (Vorredner): Herr Weber hat gegen und in einem ganz unangenehmen Tone gesprochen. Gibt die Schlamperei so weiter, so wird es bald nicht mehr hergehen; das sind russische Zustände, sondern: das sind deutsche Zustände.

Abg. Seizing (nat. lib.):